

Betreff:

**Haushalt 2021/Investitionsprogramm 2020 - 2024**

Organisationseinheit:

Dezernat V  
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

20.01.2021

Beratungsfolge

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Entscheidung)

Sitzungstermin

21.01.2021

Status

Ö

### **Beschluss:**

1. Über die Anträge der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.1 und 1.2), die Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) und die Vorschläge zur Haushaltsoptimierung (Anlage 2.3) wird abgestimmt wie in den Anlagen vermerkt. Die Anlagen samt Einzelabstimmungsergebnissen sind Bestandteile des Beschlusses.
2. Dem Entwurf des Haushaltsplans 2021 und dem Entwurf des Investitionsprogramms 2020 -2024 wird unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse zu den Anträgen der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte Anlagen 1.1 und 1.2), zu den Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) und zu den Vorschlägen der KGSt zur Haushaltsoptimierung (Anlage 2.3) zugestimmt.

### **Sachverhalt:**

Ergänzend zu der Ursprungsvorlage zum Haushalt 2021 werden die Stellungnahmen des Gleichstellungsreferats zu den finanzwirksamen Anträgen FWE 107 und 108, sowie zu FWE 123 für die Haushaltsberatungen 2021 im Ausschuss für Soziales und Gesundheit zur weiteren Verwendung übersandt.

Dr. Arbogast

### **Anlage/n:**

Anlage 1: Stellungnahme Gleichstellungsreferat zu FWE 107 und 108

Anlage 2: Stellungnahme Gleichstellungsreferat zu FWE 123

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 107+108 der Fraktion Die Grünen, Die Linke**

**Text:**

Die Grünen: SOLWODI -Ausstiegsberatung Prostitution  
Für die Einrichtung einer Ausstiegsberatung wird SOLWODI in diesem Jahr ein zusätzlicher Zuschuss von 55.000€ gewährt: Dieser wird im Haushaltsjahr 2022 auf 110.000€ erhöht und in dieser Höhe verstetigt.  
Die Linke: Ab 2021 dauerhaft 110.000€

**Begründung:**

Ausstiegsberatungen im Bereich der Prostitution können Leben retten, daher unterstützen wir die Einrichtung einer Ausstiegsberatung in Braunschweig. SOLWODI leistet auf diesem Feld bereits wertvolle Arbeit und bearbeitet den großen Beratungsbedarf dort aktuell in ihrer Fachberatungsstelle für Frauen in Not- und Gewaltsituationen. Angesichts der Häufung der Fälle sowie ihrer Komplexität ist eine spezielle Beratungsstelle für Frauen in Ausstiegssituationen notwendig.

**Stellungnahme:**

In Braunschweig arbeiten in der Regel 150-180 Prostituierte, die oft über keinerlei Ortskenntnisse und nur geringe Deutschkenntnisse verfügen. Ein selbständiges Arbeiten wie es das Prostitutionsgesetz gestattet, ist für diese Frauen nur sehr eingeschränkt möglich. Ihre Arbeitssituation ist gekennzeichnet durch anspruchsvolle Anmelde- und Steuerformalitäten, fehlende Krankenversicherung, häufige Gesundheits- und Suchtprobleme bei hohen laufenden Kosten (Mietkosten z.T. 60-90 Euro pro Tag).

Gerade die Coronapandemie zeigte, wie prekär die Situation für die Frauen ist. Deshalb begrüße ich als kommunale Gleichstellungsbeauftragte ein strukturiertes, begleitetes Ausstiegsangebot mit längerfristiger Begleitung ausdrücklich.

Prostitution ist eine Tätigkeit, in die Frauen (und auch Männer) häufiger durch äussere Umstände "hineinrutschen", die sie nur vorübergehend ausüben wollen und die weniger auf einer bewussten Berufsentscheidung beruht.

Die soziale Stigmatisierung, sowie schlechte Arbeitsbedingungen erzeugen zusätzlich Druck. Dazu kommen im Laufe der Zeit, in unterschiedlichen Ausprägungen: Wohnungslosigkeit, Gewalterfahrungen, Drogenprobleme, fehlende Krankenversicherung, mangelhafte Sprachkenntnisse, Verpflichtungen aus dem Status der Selbstständigkeit.

Deshalb möchten viele irgendwann kurz- oder mittelfristig aussteigen, oder haben es schon mehrfach alleine versucht.

Hier setzt zuerst eine niedrigschwellige Anlauf-/Beratungsstelle an, in der die Frauen Informationen und Erstberatungen erhalten. Diese ergänzt das strukturierte, begleitete Ausstiegsangebot idealerweise im Vorfeld.  
In der Regel erfolgt die Entscheidung zu einem Ausstieg als längerer Prozess, so dass eine enge Kooperation zwischen beiden Angeboten sinnvoll ist.

Marion Lenz  
Gleichstellungsbeauftragte

---

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 123 der Fraktion  
Die Grünen**

**Text:**

Anlaufstelle für Prostituierte in Braunschweig

**Begründung:**

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem verwaltungsinternen Arbeitskreis und dem Runden Tisch ein Konzept für eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Prostituierte zu erstellen. Dabei sollen weitere Akteurinnen und Akteure aus der Braunschweiger Beratungslandschaft einbezogen werden, um ein strukturiertes Angebot zu entwickeln, das die Beratung nach den Vorgaben des Prostituiertenschutzgesetzes sichert und auf die Bedürfnisse von Prostituierten abgestimmt ist. .... weiter siehe Antrag .....

**Stellungnahme:**

In Braunschweig arbeiten 150-180 Prostituierte, die oft über keinerlei Ortskenntnisse und nur geringe Deutschkenntnisse verfügen. Ein selbständiges Arbeiten wie es das Prostitutionsgesetz gestattet, ist für diese Frauen nur sehr eingeschränkt möglich. Ihre Arbeitssituation ist gekennzeichnet durch anspruchsvolle Anmelde- und Steuerformalitäten, fehlende Krankenversicherung, häufige Gesundheits- und Suchtprobleme bei hohen laufenden Kosten (Mietkosten z.T. 60-90 Euro pro Tag).

Gerade die Coronapandemie zeigte, wie prekär die Situation für die Frauen ist. Deshalb begrüße ich als kommunale Gleichstellungsbeauftragte eine ortsnahe, niedrigschwellige Anlaufstelle für Prostituierte ausdrücklich.

Denn die Kombination von Bedarfen (z.B. Wohnungslosigkeit + Gewalterfahrungen + Drogenprobleme + keine Krankenversicherung + fehlende Sprachkenntnisse + Status der Selbstständigkeit) fordert das kombinierte Fachwissen diverser vorhandener Braunschweiger Beratungsstellen.

Aktuell besteht ein Bedarf für ein spezialisiertes Beratungsangebot (mit hauptamtlicher sozialarbeiterischer Besetzung) für erste Kontakte, Café-Angebote, Informationen, Sprachkurse, Hilfen für Steuererklärungen, Unterstützung bei Behördengängen, Gesundheits-Tipps, Einzelberatungen. Daneben werden auch Räume für Beratungen/Dienste des Gesundheits- und Ordnungsamtes ortsnahe benötigt. Dies würde die Arbeit der unterschiedlichen Bereiche (Gesundheits- und Ordnungsamt, Phoenix, Ehrenamtliche, Büro für Migrationsfragen) deutlich erleichtern.

Andere Kommunen arbeiten bereits mit solchen Angeboten. Finanzielle Mittel dienen Beratungen/ Vorträgen zu den div. Konzepten und Erfahrungen.

Allerdings sollte eine niedrigschwellige Anlaufstelle unbedingt durch ein strukturiertes, begleitetes Ausstiegsangebot mit längerfristiger Begleitung ergänzt werden. In der Regel erfolgt die Entscheidung zu einem Ausstieg als längerer Prozess, so dass eine enge Kooperation zwischen beiden Angeboten sinnvoll ist.

Marion Lenz  
Gleichstellungsbeauftragte

---

Unterschrift (Dez./FBL)